

126 Gesetze auf den Weg geschickt

■ Bilanz über das Parlamentsjahr.

Wien. Österreichs Nationalratsabgeordnete hatten im vergangenen Parlamentsjahr 40 Plenarsitzungen zu absolvieren. Dabei verabschiedeten sie 126 Gesetze und genehmigten 39 Staatsverträge und zwei Vereinbarungen mit den Bundesländern, zeigt die Tagungsbilanz 2009/10. Ein Drittel der Gesetzesbeschlüsse erfolgte einstimmig.

Ein Gesetz, die Lockerung des Bankgeheimnisses, wurde im August 2009 in einer der sechs Sondersitzung beschlossen. 20 Berichte wurden zur Kenntnis genommen, zehn Aktuelle

Stunden, eine Aktuelle Europastunde und sieben Fragestunden abgehalten. Dazu kamen fünf Erklärungen von Regierungsmitgliedern. In 78 Entschließungen erhielt die Regierung Arbeitsaufträge vom Nationalrat. 13 Dringliche Anfragen sowie acht Dringliche Anträge der Opposition wurden behandelt.

Es gab neun Misstrauensanträge der Opposition gegen Regierungsmitglieder - alle erfolglos. Auch die Zahl der schriftlichen Anfragen war hoch: bis Freitag wurden von den Abgeordneten exakt 3277 Anfragen eingebracht. Die meisten Anfragen richteten sich an Innenministerin Maria Fekter (529). ■

■ Kurz notiert

Budget und Verfassungsbruch

Bundespräsident Heinz Fischer schaltet sich diese Woche in den Budgetstreit ein. Die Opposition wirft der Regierung Verfassungsbruch vor, weil sie das Budget 2011 dem Nationalrat nicht bis 22. Oktober vorlegen will. Am Donnerstag empfängt Fischer Grünen-Chefin Eva Glawischnig und den Dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf.

Mehrheit für Uni-Eignungstests

Das Meinungsforschungsinstitut Market hat im Auftrag des „Standard“ erhoben, dass 59 Prozent der Bevölkerung Eignungstest für das gewählte Studium befürworten. 38 Prozent sind der Ansicht, dass die Matura als Nachweis der Hochschulreife ausreiche.

Karl zurück im Hörsaal

„Zurück in den Hörsaal“ hieß es für Wissenschaftsministerin Beatrix Karl am Montag. Sie hielt im Rahmen der „Kinderuni Wien“ eine Vorlesung zum Thema „Alles, was Recht ist“. Die Kinderuni läuft noch bis 24. Juli.

Missbrauch: Ermittlungsansätze

Opferanwältin Waltraud Klasnic hat am Montag Informationen über Missbrauchsvorwürfe an die Staatsanwaltschaft Wien übergeben. Diese böten „zahlreiche Ermittlungsansätze“, bestätigte die Staatsanwaltschaft. ■

Bundesdenkmalamt, Erzdiözese und Stadt Wien investieren 500.000 Euro

„Mir gefällt dieses Nebeneinander der Toten“



Die Särge in der Michaelergruft waren dem Verfall preisgegeben - eine Belüftungsanlage schafft Abhilfe. Foto: apa

Von Christoph Rella

■ 50 wertvolle Särge aus Michaelergruft werden restauriert.

Wien. Die Lederschuhe und auch Teile der Perücke sind gut erhalten geblieben. Und auch die Körper der Toten selbst, die vor 250 Jahren in der Michaelergruft - zehn Meter unter der gleichnamigen Wiener Kirche - bestattet wurden, sind teilweise noch in gutem Zustand.

Viel schlechter ist es hingegen um die 254 wertvollen barocken Holzsärge bestellt: Sie modern hier seit dem 18. Jahrhundert dahin. Ein Zustand, der nach Meinung des Bundesdenkmalamtes, der Stadt Wien und der Erzdiözese so nicht weiter anhalten darf. „Um die teils schön verzierten Totenschreine vor dem Zerfall

zu retten, werden sie nach und nach von fachkundigen Restauratoren saniert“, verkündete der Landeskonservator der Stadt Wien, Friedrich Dahm, am Montag vor Journalisten. Verantwortlich an dem schlechten Zustand der Särge seien vor allem die hohe Luftfeuchtigkeit und Temperatur. Zudem habe eine bestimmte Rüsselkäfer-Art den hölzernen Sarkophagen über die Jahrhunderte zugesetzt, sagte er. „Wie die dahin gelangt sind, weiß ich nicht.“

500.000 Euro Kosten

Ein Problem für das Restaurator-Team stellt aber auch der Schimmelbefall dar, wie dessen Leiter Thomas Fankl im Gespräch mit der „Wiener Zeitung“ erklärt. Die Lösung: Sämtliche Särge müssen in den kommenden Jahren aus der Gruft und in die benachbarte Restaurations-

werkstatt geschafft werden, wo sie von Kunst- und Holzexperten gereinigt und konserviert werden. Um einen neuerlichen Befall der Totenschreine durch Rüsselkäfer und Schimmel zu verhindern, wurde in den weit verzweigten Grabkammern bereits vor Jahren ein neues Belüftungssystem installiert, erklärte Fankl: „Seit damals liegt die Temperatur in der Gruft bei konstanten acht Grad, die Luftfeuchtigkeit liegt bei 85 Prozent.“

Freilich, billig ist die Rettungsaktion nicht: 500.000 Euro lassen sich Denkmalamt, Erzdiözese und Stadt die Restaurierung von zunächst 50 Sarkophagen kosten. Geld, um auch die übrigen rund 200 Särge zu sanieren, ist noch keines da. „Wir hoffen aber, dass wir auch in diesem Punkt zu einem guten Ergebnis kommen“, sagte Dahm am Mon-

tag. Die Frage, was während der Restaurierung mit den Leichnamen geschieht, beantwortete der Konservator so: „Sie werden kurzfristig umgebettet.“

Während die Körper der Toten in der Gruft bleiben, will sich wiederum die Wissenschaftlerin Elena Holzhausen im Rahmen der Restaurierung den Särgen widmen, um so mehr über das Leben und Sterben der (adeligen) Menschen um 1750 zu erfahren. „Auf sehr vielen Truhen finden sich unter anderem Motive rustikaler Malereien, aber auch Totenköpfe, gekreuzte Knochen und Sanduhren“, so Holzhausen. Begeistert ist die Expertin auch von den Grabbeigaben und der teils noch gut erhaltenen Bekleidung der Leichname. „Mir gefällt dieses Nebeneinander der Toten“, sagte sie. „Im Tod sind alle gleich.“ ■

REZEPTBLOCK VON ERNEST G. PICHLBAUER

Enten aus der Gesundheitspolitik

Um eine sommerliche Debatte anzuregen, könnte man doch ein paar gänzlich frei erfundene Gerüchte austreuen - echte und bewusste Zeitungsenten eben.



■ Österreich ist mit Spitälern unterversorgt: Entgegen landläufiger Meinung, wir hätten zu viele Spitäler, gibt es tatsächlich zu wenige. Die Vorgaben im Krankenanstalten- und Kuranstaltengesetz (Bundesgesetz) verlangen für 50.000 bis 90.000 Einwohner eine Standardkrankenanstalt (also die einfachste Spitalsvariante mit wenigstens Innerer Medizin und Chirurgie).

Da aber ein Drittel der Spitäler ein größeres Einzugsgebiet als selbst die Obergrenze von 90.000 hat, besteht, bei entsprechender Lesart des Gesetzes, in vielen Regionen eine Unterversorgung. So hat beispielsweise das Spital in Mödling ein Einzugsgebiet von

188.000 Einwohnern. Es fehlen hier also gleich zwei ganz neue, zusätzliche Spitäler. Es ist dringend an der Zeit, dass die Politik reagiert und gesetzeskonform neue Spitäler errichtet.

Angeblich arbeitet die Landeshauptleute-Konferenz unter Vorsitz Niederösterreichs, das zu jenen Ländern zählt, die die meisten unterversorgten Regionen aufweist, an einer entsprechenden Forderung; eine Art Spitalsrettungstopf soll Bundesgelder (also unsere Steuern) freimachen, um endlich den vom Gesetz vorgegebenen Spitalsausbau zu finanzieren. Dabei soll es reichen, wenn der Bund das Geld gibt, bauen könne man dann selbst.

*** Die MedUni-Innsbruck übersiedelt: Gemäß dem oben genannten Gesetz haben Bundesländer mit mehr als einer Million Einwohner wenigstens ein Zentralspital (also ein Spital der Maximalvariante, das alles, aber auch wirklich alles hat) vorzuhalten. Medizinische Unis müssen jedenfalls solche Maximal-Spitäler sein. Da Tirol nur etwa 700.000 Einwohner hat, sind sie nicht verpflichtet, ein Zentralspital vorzuhalten, da in Innsbruck aber eine Universität steht, verfügt das Land trotzdem über eines. Angeblich ist das aber zu teuer, deswegen wollen die Tiroler viel Geld vom Bund (unsere Steuern). ***

Aber auch aus der Steiermark ist zu hören, dass man eigentlich nicht sehr glücklich ist, eine Uni zu haben. Im Gegensatz dazu haben weder Ober- noch Niederösterreich eigene Unis; wollen aber gerne welche haben.

Unbestätigten Gerüchten zufolge arbeitet jetzt eine geheimste Arbeitsgruppe daran, neue MedUni-Standorte zu suchen. So soll die Uni-Innsbruck nach Linz und die Uni-Graz entweder nach Wiener Neustadt (wegen dem MedAustron) oder aber nach St. Pölten übersiedeln. Die fallweise ebenfalls genannte Stadt Krems dürfte eher Außenseiterchancen haben.

Oberösterreich bald ohne Herzinfarkt-Opfer: Dank der vielen neuen Einrichtungen kann ab 2011 so gut wie jeder Oberösterreicher innerhalb von 20 Minuten bequem mit dem eigenen Auto zum nächsten Spital mit Herzkatheter fahren, um sein Herz untersuchen zu lassen. Und da es dann auch ausreichend Kapazitäten gibt, um drei bis vier Millionen Menschen zu versorgen, sollte es kein Problem sein, jeden, der auch nur ein leichtes Druckgefühl in der Brust verspürt, einer Koronarangiographie zu unterziehen. Damit dürfte der Herzinfarkt in Oberösterreich ab 2011 der Ge-

schichte angehören.

Man hört, dass dieses Modell bei anderen Bundesländern auf größtes Interesse stößt. Daher soll die bisher geltende Richtlinie, dass für 90 Prozent der Einwohner ein Spital mit Herzkatheter innerhalb von 60 Minuten erreichbar sein soll, vom Bund auf 20 Minuten geändert wird. Damit erspart man sich dann die lästigen Bedarfs- und Kostendiskussionen im Vorfeld. ■

Dr. Ernest G. Pichlbauer ist unabhängiger Gesundheitsökonom und Publizist.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/rezeptblock